



Lüdinghausen, den 26.10.2010
c/o Peter Mönning
Telgengarten 14
59348 Lüdinghausen
Tel.: 02591-3540
Fax: 02591-79108
Email: Pmoenning@aol.com
Handy (nicht immer an): 016096600955

Fraktion im Rat der Stadt Lüdinghausen

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales, Herrn Thomas Suttrup, durch den Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen, Herrn Richard Borgmann

Sehr geehrte Herren!

Die Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN bittet darum, folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen:

Moderation einer „Gesundheitskonferenz“ zur Bildung eines Netzwerkes aller am Gesundheitssystem Beteiligten im Rahmen einer „Modellregion“

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten und alle für das Gesundheitswesen der Stadt Lüdinghausen relevanten Fachkräfte unter Beteiligung des Rates der Stadt Lüdinghausen zu einer ersten „Gesundheitskonferenz“ einzuladen.

Begründung:

Eine hinreichende Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum kann für die nächsten Jahrzehnte nicht mehr mit Sicherheit garantiert werden. Ein Mangel an Hausärzten und Fachärzten gerade auf dem Lande wird prognostiziert. Auch die demografische Entwicklung gibt Anlass zu Sorgen. Sowohl ambulante als auch stationäre Pflege hat mit Nachwuchsmangel zu kämpfen.

Im Einzelfall sind die Probleme auch in Lüdinghausen schon spürbar, wobei die Grundversorgung noch gesichert ist. Dies wird aber auch als Chance gesehen, eine Entwicklung noch steuern zu können, bevor die Not größer wird. Dabei können auch Anreize gegeben werden, durch Anwerben neuer Fachkräfte den Gesundheitsstandort Lüdinghausen zu sichern.

Mit dem St. Marien-Krankenhaus und seinen angeschlossenen Bereichen auf der einen Seite, den in Lüdinghausen noch vorhandenen Fach- und Hausärzten auf der zweiten Seite und den verschiedenen Pflegeheimen und -diensten auf der dritten Seite stehen Akteure zur Verfügung, die noch nicht immer die Vorteile gemeinsamer Planung und Patientenbetreuung optimiert haben. Zu nennen wäre z.B. eine Abstimmung über einen gemeinsamen Apparatpool, eine auf die Bedürfnisse der Patienten abgestimmte Krankheitsverlaufsbegleitung und ein gemeinsames Konzept für stationäre und ambulante Pflege – gerade auch im geriatrischen Bereich.

Bürgermeister und Rat der Stadt Lüdinghausen sind auf der einen Seite in der erfreulichen Situation, in diesem Prozess ohne eigene konkrete Interessenskonflikte moderierend tätig werden zu können, sind auf der anderen Seite aber auch in der Pflicht, für eine gesicherte Daseinsvorsorge die Weichen rechtzeitig stellen zu müssen. Deshalb scheint unserer Fraktion dieser Weg, der jedem beteiligten Akteur seine Handlungsfreiheit lässt, ihn aber auch in den Kommunikations- und Entscheidungsprozess einbinden kann, sinnvoll zu sein.

Mit freundlichem Gruß